

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

**Erscheint Sonntags**  
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal  
bei freier Zustellung unter Kreuzband 24

**Schiffleitung und Geschäftsstelle:**  
Hamburg 85, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

**Postkonten:**  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11508

### In die Arbeit gegen die wirtschaftlichen und beruflichen Mißstände im Maler- und Lackierergewerbe!

Nachdem in den letzten drei Nummern des „Maler“ über Verlauf und das Ergebnis der Konferenz mit den Vertretern des Reichsbundes der Arbeitgeber im Malergewerbe 9. und 10. November berichtet worden ist, sind nunmehr in den letzten Tagen den Filialen unseres Verbandes und den Verbänden der Arbeitgeber auch die festgesetzten Richtlinien und Allgemeinen Anweisungen dazu übersandt worden. Außerdem werden die Filialverwaltungen, der Verbandsvorstand und den Bezirksleitern fortlaufend nähere Anweisungen über die zunächst nötigsten Arbeiten erteilt. In wenigen Wochen kommt dann auch das topographische Protokoll der Konferenz heraus. Wir ersuchen dringend, daß diese Materialien von allen Kollegen, besonders aber von den Filial- und Bezirksstellenverwaltungen eingehend studiert werden, damit der eingeleiteten Aktion richtig erkannt und die nun umzusetzen beginnende Arbeit entschieden durchgeführt wird.

Nach den Absätzen 3 bis 7 der Erläuterungen zu den Richtlinien muß zunächst in allen Orten, wo es Stellen der beteiligten Meister- und Gesellenverbände gibt, im Laufe der folgenden Wochen eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der beiderseitigen Verbände stattfinden. Weitere Sitzungen sind in gewissen Zwischenräumen bei Bedarf einzuberufen. — Die Zusammenkunft dieser Sitzungen, die Zahl ihrer Teilnehmer und den Gang der Verhandlungen zu bestimmen, bleibt den örtlichen Verbänden überlassen. Dabei sollen die Bestimmungen über die Ortsämter stimmungsgemäß angewendet werden. . . . In der ersten Sitzung ist die Lage des Malergewerbes zu erörtern und festzustellen, in welcher Weise die Aufgaben zu erledigen sind. Bei ist zu beachten, daß auch zu den vorzunehmenden Arbeiten beide Parteien heranzuziehen sind. Über die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit fortlaufend an die Haupt- oder Bezirksleitungen zu berichten, ist dringend notwendig.

In den nächsten Tagen kommt ferner eine allgemeine Eingabe an alle maßgebenden örtlichen, Landes- und Reichsbehörden heraus. Hierauf wird es nötig sein, an den verschiedenen Orten durch weitere, mehr ins Einzelne gehende Schriftsätze und persönliche Vorstelligkeiten für die aufgeworfenen Fragen Verständnis zu wecken und praktische Ergebnisse herbeizuführen. Geschieht dies alles, so wird sicher im Laufe der Zeit eine wenn auch nicht sofort in die Augen springende, so doch trotz alledem durchaus günstige Wirkung auf die Lage unserer Berufskollegen ausgeübt werden. Die Erfolge, die dort, wo man in den letzten Jahren besonders intensiv vor allem zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gearbeitet hat, tatsächlich zu verzeichnen gewesen sind, beweisen, daß der von uns eingeschlagene Weg richtig und zweckmäßig ist.

Natürlich werden wir die Bewegung immer weiter treiben müssen. Wir werden in einiger Zeit mit neuen Eingaben herauskommen, werden weitere Vorschläge auch für andere Propagandamöglichkeiten machen, und je nach der Veränderung der Verhältnisse weitere Anregungen geben. Vor allem ist Wert auf die erfolgverheißende Mitarbeit der örtlichen Tageszeitungen zu legen.

Von den Hauptvorständen wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich mit verschiedenen, für die aufgeworfenen Fragen zuständigen Reichs- und Landesbehörden schriftlich und persönlich Fühlung genommen werden.

Für die Bezirke Rheinland-Westfalen und Schlesien, die bekanntlich nicht mit zum Reichstarifvertrag gehören, wird versucht werden, durch besondere Verhandlungen ähnliche Vereinbarungen zustande zu bringen.

**Die ungünstige Lage unseres Gewerbes und der in ihm tätigen Berufsgenossen und die daraus entstandenen noch zu erwartenden weiteren Mißstände müssen uns zu größtem Eifer und ernstester Arbeit anregen. Durch die von den Zentralstellen unserer Berufsorganisationen auf beiden Seiten unternommenen Schritte ist der Boden hierzu vorbereitet. Sorgt alle, daß der Ertrag den aufgewandten Mühen entspricht!**

### Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft.

Der Kampf des Kapitalismus gegen die öffentliche Wirtschaft, das heißt: die wirtschaftliche Eigenproduktion des Staates, der Länder und Gemeinden, macht von neuem von sich reden. Schon längst wurde er unter dem Schlagwort „Kampf gegen die kalte Sozialisierung“ geführt. Die Erfolge mußten nicht den gehegten Erwartungen entsprechen haben, man sich nunmehr zu einem erneuten Vorstoß entschlossen hat. Zwischen den Spitzenverbänden der Industrie, Großhandels, der Landwirtschaft, des Handwerks sowie Bank- und Versicherungsgewerbes haben in den letzten Monaten über die Stellung der privaten zur öffentlichen Wirtschaft eingehende Verhandlungen stattgefunden, die zu einer weitverbreiteten gemeinsamen Kundgebung führten. Diese wendet sich an die Fraktionen der bürgerlichen Parteien im Reichstag sowie der Landtage und enthält die Forderungen, die für die Stellungnahme bei allen gesetzgebenden Beratungen über die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, insbesondere der preussischen Städteverwaltung, der Landgemeindevorstände, der Beratung des Entwurfsreformgesetzes, des preussischen Städtebaugesetzes sowie des Staats- und der Steuergesetzes maßgebend sein sollen.

Es handelt sich also um ein planmäßig angelegtes Vorgehen des privaten Unternehmertums gegen die öffentliche Wirtschaft, das von der Arbeiterschaft nicht unbeachtet bleiben darf und sie zur energischen Gegenwehr herausfordert. In den in der Kundgebung vertretenen Grundzügen ist die öffentliche Wirtschaft wesentlich privater Natur; hiernach die öffentliche Wirtschaft auch im wesentlichen die Trägerin der Kosten ihres Haushalts bestreiten. Deshalb mußte das Privateigentum die unantastbare Grundlage der Wirtschaft sein und es dürfe die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft nicht dadurch gefährdet werden, daß die mittelbar und unmittelbar im Reich, Ländern und Gemeinden betriebenen Unternehmungen mit den privaten Ge-

werbetreibenden des gleichen Erwerbszweiges in Wettbewerb treten. Durch die Bevorzugung der öffentlichen Unternehmungen auf steuerlichem Gebiete sowie sonstige ihnen zustehende Vorteile sei ein fairer Wettbewerb von ihrer Seite ausgeschlossen. Ihr Vorgehen vermehre die Ueberschiebung in einer Reihe von Erwerbszweigen und drücke die Preise unter das für den privaten Wettbewerber erträgliche Maß herab. Soweit eine Nationalisierung durch Abbau überflüssiger Betriebe geboten sei, müsse deshalb bei den öffentlichen Unternehmungen der Anfang gemacht werden. Zwischen den Regiebetrieben und den auf privatrechtlicher Form aufgebauten öffentlichen Unternehmungen bestehe kein Unterschied. Ihrer Ausbreitung sei in jeder Form und auch da entgegenzutreten, wo ihr Wettbewerb für die Privatwirtschaft noch nicht in Betracht komme, da es keinen Erwerbszweig gebe, bei dem nicht die gleiche Entwicklung wie in andern eintreten könne, wenn nicht rechtzeitig vorgebeugt werde. Die Abwehr müsse sich auch gegen alle Bestrebungen richten, die das Privateigentum von Grund und Boden antasten, den freien Grundstücksverkehr durch ein kommunales Bodenmonopol beseitigen wollen und die Produktivität und Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch staatliche oder kommunale Eingriffe zu gefährden drohen.

Diese Grundzüge enthalten nichts, was nicht schon bei früheren Gelegenheiten gegen die öffentliche Wirtschaft ins Feld geführt worden wäre. Darunter befinden sich Behauptungen, die durchaus falsch oder nur vom einseitigen Standpunkt des Eigentumsfanatikers richtig sind, der die öffentliche Wirtschaft als die nur ihm eigene Ausbeutungsdomäne betrachtet. Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft wird von dem privaten Unternehmertum schon sehr lange geführt. Ja, er besteht, seit es eine Privatwirtschaft gibt; denn stets hat diese in der wirtschaftlichen Betätigung des Staates und der Gemeinden eine Behinderung ihres Profitstrebens erblickt. Besonders heftig war dieser Kampf am Ende der merkantilistischen Periode. Er endigte damit, daß der Kapital-

ismus den Staat aus seiner bis dahin innegehabten wirtschaftlichen Machtstellung herausdrängte und ihn gewissermaßen auf die Aufgaben des politischen Nachwächters beschränkte. Die mit der Herrschaft des Kapitalismus über die Wirtschaft verbundenen Mißstände nötigten jedoch Staat und Gemeinden verhältnismäßig bald dazu, wieder wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Insbesondere war es überall dort der Fall, wo es der Kapitalismus versuchte, seine monopolistische Herrschaft zur rücksichtslosesten Ausbeutung der Bevölkerung zu mißbrauchen. Nicht minder drängte die wirtschaftliche Entwicklung dazu, für die Befriedigung dringender sozialer Bedürfnisse entsprechende wirtschaftliche Einrichtungen zu schaffen, die selbst ins Leben zu rufen der Kapitalismus weder willens noch fähig war.

Wenn so die öffentliche Wirtschaft eine immer weitere Ausdehnung erfährt, so sind es einerseits die Unterlassungsünden des Kapitalismus, andererseits seine alle sozialen Rücksichten außer acht lassende Gewinnjucht, die diese Entwicklung verschuldet und zur unabwendbaren Notwendigkeit werden ließ. Dem Privateigentum wie der kapitalistischen Bereicherungsjucht mußten auf diese Weise Fesseln angelegt werden, weil ihre Ausschreitungen zu einer Gefahr für die Gesellschaft wurden. Aber auch in anderer Richtung hat der Kapitalismus bis in die neueste Zeit hinein Reich und Staat zur weiteren Ausbreitung der öffentlichen Wirtschaft genötigt. Besonders trug dazu die Herrschaft der deutschen Währung bei, die von kapitalistischer Seite systematisch gefördert wurde. Schließlich wendete sich das Blatt und der Währungszusammenbruch traf wenigstens zum Teil seine eigenen Urheber. Mit dem Ende des Inflationschwinds gerieten nicht wenige der raublustigen Inflationsheute auf die Krodene. Die gleichen Leute, die sich bis dahin in lächerlicher Ueberhebung als Retter der Wirtschaft aufspielten, mußten nun den verspotteten Staat um finanzielle Hilfe anflehen. Diese ist ihnen in reichlichem, vielfach überreichlichem Maße zuteil geworden. Sie konnten aber in Form von Krediten und Subventionen nur unter der Bedingung geleistet werden, daß sich der Staat in einer Reihe von Fällen die Kontrolle über die Kreditgewährung vorbehielt, in andern sogar gezwungen war, die sanierungsbedürftigen Unternehmungen zu übernehmen, um sie vor dem Untergang zu retten. Die viel gerühmte Privatwirtschaft hatte kläglich versagt; nur die Hilfe des Staates konnte sie aufrechterhalten. Das Unternehmertum hat sich diese Hilfe gern gefallen lassen, und wie der Antrag der Firma Krupp beweist, ist man auch jetzt noch zur Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln bereit. Aber man braucht sie nicht mehr so oft und möchte sich den übernommenen Verpflichtungen entziehen. In gewissem Umfang ist es zum Schaden des Staates, der Steuerzahler und Verbraucher durch Verschlagung leistungsfähiger öffentlicher Unternehmungen bereits geschehen. Jetzt wird eine Fortsetzung angestrebt. Das muß verhindert werden!

Der Kapitalismus hat den genügenden Beweis erbracht, daß wir die öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden nicht entbehren können, die öffentliche Wirtschaft nicht eingeschränkt werden darf, sondern im Gegenteil erweitert werden muß. Die Absichten der Gegner der öffentlichen Wirtschaft streben danach, sie nur soweit zuzulassen, als es besondere Wohlstandsinteressen erfordern. Ihre Bestrebungen laufen also darauf hinaus, der öffentlichen Hand alle rentierenden Nebenbeträge abwerfenden Unternehmungen zu entreißen. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsunternehmungen usw. sollen wieder in Privateigentum zurückverwandelt, dem Reich, den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden jeder Eingriff in die Produktion oder Warenverforgung entzogen werden. Gelänge diese Absicht, dann hätte der Kapitalismus gewonnenes Spiel! Außerordentlich reiche Gewinnquellen ständen ihm zur Verfügung und der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiter und Verbraucher stellten sich keinerlei Hindernisse mehr in den Weg.

Bescheiden sind die Forderungen nicht, die sich daraus aus der Kundgebung der kapitalistischen Wirtschaftsverbände ergeben. Der Kapitalismus geht in der Regel aber immer aufs Ganze! Er weiß auch warum. Das Unternehmertum sieht durch die öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen die Fortsetzung seiner Kartellpolitik und damit seine ausdeutende Monopolwirtschaft bedroht. Die Aufrechterhaltung und weitere Ausdehnung der öffentlich-wirtschaftlichen Unternehmungen macht es den Unternehmern immer schwieriger, die Preise der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte auf der bisherigen Höhe zu halten. Auf diese Weise wirkt die Konkurrenz der öffentlichen Unternehmungen ihren Absichten entgegen. Das kapitalistische Unternehmertum will keinen Wettbewerb, da dieser seinen Ausbeutungsbestrebungen hinderlich ist. Sein Streben ist auf mühelosen Gewinn gerichtet, der sich nur in einer monopolisierten Wirtschaft erreichen läßt, die aber letzten Endes die Kaufkraft der Bevölkerung vernichtet und schließlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen muß. Der Durchsetzung dieser Ab-





gereicht werden. Dagegen treten die nach Inkrafttreten des...

Der Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs wird vom Institut für Konjunkturforschung entgegen der wenig...

Der Nutzen hoher Löhne. In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser berichtete...

Fachtechnisches

Submissionsblüte. Wir entnehmen einer Tageszeitung aus...

75 188 - 26 282 = 48 906 Mark.

Bei der Ausschreibung von Anstreicherarbeiten für Siedlungsneubauten am Wichelhausberg...

Da kommt die Gesetzgebung den Handwerkern durch die Zulassung von Zwangsorganisationen entgegen.

Monatsschrift 'Fachblatt der Maler' - Fachliche, gezielte Ausstattung - Farbige Tafeln - Illustrationen - Kaufm.-Vorlagen - Aufsätze über berufliche und kunstgewerbliche Fragen - Hamburg 36 - Miller-Straße 10

Ueberwachung während der Arbeitsausführung zu empfehlen. Die Stellung eines unparteiischen Sachmannes...

Fachliteratur

Das 'Fachblatt der Maler' beschließt seinen 2. Jahrgang mit dem soeben herausgegebenen Heft 12, Dezember 1928.

Unfallverhütungskalender 1927. Bei der dem Verbands der Deutschen Berufsvereinigungen angegliederten...

regeln und vieles andere mehr machen den Kalender ein wichtiges Taschenbuch für jeden Arbeiter ohne Rücksicht...

Literarisches

Der Buchpreis gibt als nächstes Vierteljahr den 'Kugela' in gutem Bindband heraus. Der Beitrag dieser Kulturorganisation ist bringen zu empfehlen.

Berichtsteil

Bericht der Hauptkasse für Monat November. Eingefandt haben: Altenburg 200 M., Bayreuth 300, Berlin 1500, Bielefeld 400, Brandenburg 400, Braunschweig 900...

Sterbetafel

Frankfurt a. M. (Zahlstelle Kellnerbach). 5. November starb an Blinddarmentzündung unser treuer Kollege, der Lackierer Rob. Simon, im Alter von 39 Jahren.

Vom 5. bis 11. Dezember ist die 49. Beitragswoche.

Anzeigen

Unser neuester Bücher-Katalog Maler-Bücherei in 8farbigem, künstlerisch ausgestatteten Umschlag ist erschienen und allgemein verhandelt worden.

Malergeschäft (28 Jahre bestehend) zu verkaufen. Werkstätte schöne Zweizimmerwohnung vorhanden. Geißner, Grevesmühlener Abendkurse